

Ergänzende Bedingungen

zu der

**Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die
Grundversorgung von Haushaltskunden**

und die

**Ersatzversorgung mit Elektrizität
aus dem Niederspannungsnetz**

(Stromgrundversorgungsverordnung - StromGVV) vom 07.11.2006

Stadtwerke Hünfeld GmbH

Lindenstraße 8

36088 Hünfeld

Registergericht Fulda HRB 3203

- nachstehend SWH genannt-

Gültig ab 01. Juni 2007

1. Erweiterung und Änderung von Anlagen und Verbrauchsgeräten; Mitteilungspflichten gemäß § 7 StromGVV.

Ändert oder erweitert der Kunde bestehende elektrische Anlagen oder möchte er zusätzliche Verbrauchsgeräte anschließen, so hat er dies der SWH vor Inbetriebnahme schriftlich mitzuteilen, soweit sich durch die Änderung der Stromverbrauch erheblich erhöht. Dies gilt insbesondere für Gewerbe- und landwirtschaftliche Betriebe, bei denen zu erwarten ist, dass der Jahresverbrauch 10.000 kWh überschreitet. Der Kunde hat sich in Zweifelsfällen an die SWH zu wenden.

2. Ablesung, § 11 StromGVV

2.1 Zum Zwecke der Abrechnung, anlässlich eines Lieferantenwechsels, oder bei sonstigen berechtigten Interessen der SWH an einer Überprüfung der Ablesung hat die SWH das Recht, die Ablesung selbst durchzuführen. Die SWH hat aber auch das Recht, zu bestimmen, dass der Kunde die Messeinrichtungen selbst abzulesen hat.

2.2 Die SWH schätzt den Verbrauch auf der Grundlage der letzten Ablesung oder bei Neukunden nach dem Verbrauch vergleichbarer Kunden, wenn der Zutritt zum Zwecke der Ablesung vom Kunden verweigert oder eine vereinbarte Selbstablesung nicht oder verspätet vorgenommen wurde.

3. Abrechnung und Abschlagszahlung gemäß §§ 12 und 13 StromGVV

3.1 Die SWH erhebt monatlich oder zweimonatlich gleiche Abschlagszahlungen. Als Berechnungsgrundlage für die Höhe der Abschlagszahlungen wird der Verbrauch aus bereits abgerechneten Zeiträumen herangezogen. Bei Neukunden bemessen sich die Abschläge nach Erfahrungssätzen vergleichbarer Kundengruppen.

3.2 Der Verbrauch des Kunden wird jährlich festgestellt und abgerechnet (Jahresabrechnung). Abrechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

3.3 Darüber hinaus ist die SWH im Falle eines Lieferantenwechsels berechtigt, den Verbrauch des Kunden abweichend von Ziffer 3.2 abzurechnen.

3.4 Nach Erstellung der Jahresabrechnung wird die Differenz zwischen den geleisteten Abschlagszahlungen und dem tatsächlichen Jahresverbrauch nachberechnet oder die zuviel geleisteten Abschlagszahlungen werden mit der nächsten Abschlagsforderung verrechnet.

4. Zahlungsweise gemäß § 16 Abs. 3 StromGVV

4.1 Der Kunde ist berechtigt, seine fälligen Zahlungen wahlweise durch

1. Abbuchungsauftrag
2. Lastschriftverfahren
3. Überweisung
4. Dauerauftrag
5. Bareinzahlung bei einer Bank oder im Kundenzentrum

zu leisten.

4.2 Rechnungsbeträge und Abschläge sind für die SWH kostenfrei zu entrichten. Maßgeblich für die rechtzeitige Einhaltung der Fälligkeitstermine ist der Eingang der Zahlung bei der SWH.

5. Zahlung und Verzug, § 17 StromGVV

5.1 Rechnungen der SWH werden zwei Wochen nach Zugang der Zahlungsaufforderung, Abschlagszahlungen zum jeweils festgelegten Zeitpunkt fällig.

5.2 Bei Zahlungsverzug des Kunden kann die SWH, wenn er erneut zur Zahlung auffordert oder den Betrag durch einen Beauftragten einziehen lässt, die dadurch entstandenen Kosten pauschal gemäß Preisblatt (Anlage 1) berechnen. Der Kunde hat das Recht, nachzuweisen, dass ein Verzugsschaden überhaupt nicht oder wesentlich niedriger entstanden ist, als es die Pauschale ausweist.

5.3 Der Kunde hat anfallende Kosten für ungedeckte Schecks (Rückschecks) und Rücklastschriften an die SWH zu erstatten.

6. Vorauszahlung und Vorkassensysteme, § 14 StromGVV

6.1 Kommt ein Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber der SWH nicht oder nicht rechtzeitig nach oder besteht Grund zu der Annahme, dass der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommen wird, ist die SWH wahlweise berechtigt, auf Kosten des Kunden Vorauszahlung zu verlangen oder beim Kunden einen Bargeld-, Chipkartenzähler oder sonstige vergleichbare Vorkassensysteme einzurichten.

6.2 Die Verpflichtung des Kunden, Vorauszahlungen zu leisten, entfällt, wenn der Kunde sämtliche Zahlungsverpflichtungen in zwölf aufeinander folgenden Monaten vollständig und pünktlich erfüllt hat.

7. Einstellung und Wiederaufnahme der Versorgung, §§ 17, 19 StromGVV

- 7.1** Die Kosten, welche aufgrund der Unterbrechung sowie der Wiederherstellung der Grundversorgung entstehen, sind vom Kunden zu ersetzen. Diese Kosten werden dem Kunden pauschal gemäß Preisblatt (Anlage 1) in Rechnung gestellt. Der Kunde hat das Recht, nachzuweisen, dass die Kosten überhaupt nicht entstanden oder wesentlich niedriger sind, als es die Pauschale ausweist.
- 7.2** Die Wiederherstellung der Grundversorgung wird von der SWH von der Bezahlung der Unterbrechungskosten abhängig gemacht und davon, ob die Gründe für die Unterbrechung entfallen sind.
- 7.3** Soweit der Kunde trotz ordnungsgemäßer Termin- und Ersatzterminankündigung nicht angetroffen wird und die erforderlichen Maßnahmen hierdurch nicht durchgeführt werden können, kann die SWH die zusätzlich entstehenden Kosten pauschaliert gemäß Preisblatt (Anlage 1) berechnen. Der Kunde hat das Recht, nachzuweisen, dass Kosten überhaupt nicht entstanden oder wesentlich niedriger sind, als es die Pauschale ausweist.

8. Kündigung, § 20 StromGVV

- 8.1** Die Kündigung des Stromgrundversorgungsvertrages durch den Kunden bedarf der Textform und muss wenigstens folgende Angaben enthalten:
- Kundennummer und Rechnungseinheit
 - Zählernummer
 - Rechnungsanschrift für die Schlussrechnung
- 8.2** Bei der Kündigung des Grundversorgungsvertrages beträgt die Kündigungsfrist einen Monat auf das Ende des Kalendermonats. Bei einem Umzug ist der Kunde berechtigt, den Grundversorgungsvertrag mit einer Frist von zwei Wochen zum Monatsende zu kündigen.

9. Datenverarbeitung

- 9.1** Zur Erfüllung der Versorgungspflicht ist es für die SWH notwendig, personenbezogene Daten aus dem Versorgungsverhältnis zu speichern und zu verarbeiten. Hierbei werden die datenschutzrechtlichen Bestimmungen beachtet.

9.2 Der Austausch von Informationen zu Zwecken der Vertragserfüllung zwischen der SWH und dem Netzbetreiber/Messstellenbetreiber ist zulässig. Netzbetreiber und Messstellenbetreiber sind insbesondere berechtigt, alle zur Abrechnung der Energielieferungen erforderlichen Kundendaten an die SWH weiterzugeben, auch wenn es sich um wirtschaftlich sensible Informationen im Sinne von § 9 des Energiewirtschaftsgesetzes handelt.

10. Inkrafttreten

Für alle Tarifverträge mit grundversorgten Haushaltskunden, die seit dem 13.07.2005 abgeschlossen worden sind, treten diese Ergänzenden Bedingungen mit Wirkung am 01. Juni 2007 in Kraft. Sie ersetzen die Ergänzenden Bedingungen zur AVBEItV der SWH vom 01. Januar 2002.

Für Tarifverträge mit grundversorgten Haushaltskunden, die bis einschließlich 12.07.2005 abgeschlossen worden sind, gelten die heute bekannt gemachten Ergänzenden Bedingungen spätestens ab dem Anpassungsdatum nach § 115 Abs. 2 EnWG.

Anlage: Preisblatt

Anlage 1

Preisblatt zu den Ergänzenden Bedingungen der StromGVV

Gültig ab: 01. Juni 2007

	<u>netto</u>	<u>brutto</u>
	Euro	Euro
I. Zu 5. der Ergänzenden Bedingungen (Verzug, § 17 StromGVV)		
• Erste Mahnung - umsatzsteuerfrei	5,00	
• Weitere Mahnung oder Sperrandrohung - umsatzsteuerfrei	6,00	
• Inkassogang - umsatzsteuerfrei zuzüglich den bei SWH durch die Veranlassung des Inkassogangs entstehenden Kosten nach Aufwand	40,00	
• Bearbeitung einer Rücklastschrift (zuzüglich zu der vom Kreditinstitut berechneten Gebühr) - umsatzsteuerfrei	3,00	
II. Zu 7. der Ergänzenden Bedingungen (Einstellung und Wiederaufnahme der Versorgung, §§ 17, 19 StromGVV)		
• Einstellung der Versorgung		
- innerhalb der gültigen Geschäftszeiten, umsatzsteuerfrei	50,00	
- außerhalb der gültigen Geschäftszeiten, umsatzsteuerfrei	65,00	
• Wiederaufnahme der Versorgung		
- innerhalb der gültigen Geschäftszeiten	32,00	38,08
- außerhalb der gültigen Geschäftszeiten	42,00	49,98
Die Wiederaufnahme der Versorgung wird von der vollständigen Bezahlung der durch die Ver- sorgungsunterbrechung und Wiederherstellung entstandenen Kosten abhängig gemacht.		
• Bearbeitungsgebühr für Ratenzahlungsvereinbarung	10,00	11,90
• Zinssatz bei Zahlungsverzug und Ratenzahlungsvereinbarungen: gem. § 288 BGB 5 % über dem Basiszinssatz.		

Die Bruttobeträge sind inklusive der gesetzlichen Umsatzsteuer in ihrer jeweiligen Höhe (Stand 01. Januar 2007: 19 %) angegeben und kaufmännisch auf 0,01 Euro gerundet.